

# Der Tag X

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 aus sowjetischer Sicht

Von Dr. Bert Pampel

Niederschlagen. Unbeding! Erbarmungslos! Unverzüglich.“ Als die ersten Berichte über die Erhebung in der DDR am 17. Juni 1953 die

sowjetische Führung in Moskau erreichten, gehörte Innenminister Lawrenti P. Berija zu denjenigen, die ein schonungsloses Durchgreifen forderten. Der Chef des Sicherheitsapparates, der seit 1938 maßgeblich Stalins Terror organisiert hatte, ahnte zu diesem Zeitpunkt nicht, dass er zehn Tage später von seinen Ämtern entbunden und ein gutes halbes Jahr später tot sein würde. Zu den Vorwürfen, die auf dem Plenum des ZK der KPdSU im Juli 1953 gegen ihn erhoben wurden, gehörte auch die Beschuldigung, er habe die DDR um den Preis der Neutralität eines wiedervereinigten Deutschlands aufgeben wollen. Sie erhellt die Bedeutung des Geschehens in Ostdeutschland für die Entwicklungen, die im Sommer 1953 in der sowjetischen Hauptstadt kulminierten.

Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 in der DDR sind seit Langem umfassend erforscht und dokumentiert. Dieser Beitrag befasst sich mit der sowjetischen Perspektive auf den Satellitenstaat vor, während und nach den Tagen im Juni. Welchen Anteil hatten „die Freunde“, wie man die sowjetischen Besatzer in der DDR sowohl ehrlich als auch ironisch nannte, an der Zuspitzung der Lage? Welchen Eindruck gewannen sie von den Ereignissen? Welche Schlussfolgerungen zogen sie aus dem Aufstand? Was zeigt ein vergleichender Blick auf die Gegenwart?

Anfang April 1952 hatte Stalin gegenüber der SED-Führung eine beschleunigte Transformation von Staat und Gesellschaft in der DDR angeregt, die Walter Ulbricht drei Monate später auf der II. Parteikonferenz der SED als „planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR“ verkündete. Die damit verbundenen Maßnahmen wie die Verstaatlichung und Zentralisierung in der Industrie, die Kollektivierung der Landwirtschaft, die Verschärfung des Regimes an der innerdeutschen Grenze sowie der forcierte Aufbau „Nationaler Streitkräfte“ führten schon bald zu Versorgungsproblemen. Das SED-Regime sah diese nach bewährter stalinistischer Manier insbesondere in Sabotage der bisherigen Privatunternehmer sowie in „der ständigen Verschärfung des Klassenkampfes“ begründet und verstärkte Strafjustiz und Propaganda. Zwischen Juli 1952 und Mai 1953 verdoppelte sich die Zahl der Gefängnisinsassen in der DDR. Der wachsende Unmut äußerte sich immer häufiger in Protesten, ersten Streiks und einer Massenflucht in den Westen.

In dieser für die SED schwierigen Situation starb am 5. März 1953 Stalin. Die sich zuspitzende Lage in der DDR nahm die sowjetische Führung auch deshalb lange nicht zur Kenntnis, weil sie mit sich selbst beschäftigt war. So versuchten der neue sowjetische Ministerpräsident Georgi M. Malenkov und Berija sich sowohl außen- als auch innenpolitisch zu profilieren, um ihre eigene Position im Machtkampf um Stalins Nachfolge zu stärken. Man signalisierte gegenüber den Westmächten Bereitschaft zu Verhandlungen über Korea, Österreich und Deutschland. Der Ton wurde versöhnlicher.

Der DDR, dem westlichen Vorposten des sowjetischen Imperiums, kam in den außenpolitischen Überlegungen eine besondere Rolle zu. Zwischen Mitte April und Ende Mai 1953 entstanden im Apparat verschiedene Positionspapiere über die weitere Deutschlandpolitik. Selbst Verhandlungen über den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland, freie Wahlen und die Wiederherstellung der staatlichen Einheit wurden darin erwogen. Allerdings gab es grundlegende Meinungsverschiedenheiten, die zusätzlich Aufmerksamkeit absorbierten. So hielt Außenminister Wjatscheslaw M. Molotow am 7. Mai jede Preisgabe der DDR für ausgeschlossen. Die Hauptaufgabe der Sowjetunion, so hieß es in einem Entwurf, bestehe „in der unbeirrten Durchführung einer Politik der Festigung der politischen und ökonomischen Positionen der DDR“. Wie groß das Ausmaß der Kompromissbereitschaft tatsächlich war, ist bis heute umstritten.

Am 14. Mai 1953 näherte sich der Streit über die Deutschlandpolitik mit einem Bericht Berijas über die sich zuspitzende Lage in der DDR seinem Ende. Allmählich wurde klar, dass sich das Land aufgrund der Massenflucht seiner Bürger in einer Krise befand. Gleichwohl empfahl der Innenminister zur Schadensbegrenzung lediglich organisatorische und politisch-erzieherische Maßnahmen. Grundlegende Kurskorrekturen, etwa eine Abkehr vom „beschleunigten Aufbau des Sozialismus“, standen noch nicht zur Debatte. Dass Berija die Lage wohl noch immer unterschätzte, zeigte sich auch in seiner Denkschrift vom 19. Mai 1953 an das Präsidium des ZK der KPdSU. Darin forderte er eine radikale Reduzierung des Personalbestandes der sowjetischen Sicherheitsorgane in der DDR von 2222 auf 328 Poststellen und eine Beschränkung der Aufgaben auf die „Beratung“ der DDR-Staatssicherheit. Berijas Vorschläge, die nicht zuletzt der Entfernungs seiner Gegner aus wichtigen Positionen dienten, wurden in die Tat umgesetzt.

Am 27. Mai beriet der Ministerrat der UdSSR abermals über die Lage in der DDR. Ihm lag ein Papier des früheren politischen Beraters bei der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) und späteren Hochkommissars Wladimir S. Semjonow



Wie konnte diese Sache passieren? Sowjetischer Panzer am 17. Juni 1953 in Leipzig

Foto MfS-BV-Lpz-AP-809-64

vor, in dem dieser unumwunden festhielt: „Die Hauptursache der ungünstigen Lage in der DDR besteht in dem unter den gegenwärtigen Bedingungen falschen Kurs auf den forcierten Aufbau des Sozialismus in der DDR.“ Dass dieser Weg von Stalin gewiesen worden war und seine Statthalter, wie Semjonow selbst, Abweichungen nicht geduldet hatten, übergang er stillschweigend. In Moskau befürchtete man nun einen Zusammenbruch der DDR aufgrund der Massenflucht und nicht infolge eines Aufstands. Als dessen Zündfunken erwiesen sich die Normerhöhungen, die das ZK der SED am 13. und 14. Mai 1953 beschloss.

Generalmajor Kawersnew, Bevollmächtigter des sowjetischen Innenministeriums (MWD) in der DDR, wurde in einem Bericht über die innenpolitische Lage am 31. Mai ungewöhnlich deutlich. Er hielt das repressive Vorgehen bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, Fehler der DDR-Regierung und der SKK in der Preis- und Lohnpolitik sowie „Verzer-



Vom faschistischen Westen aus gesteuert: Bundeskanzler Konrad Adenauer in einer sowjetischen Karikatur. Foto M. Abramow

rungen in der Strafverfolgungspolitik“ für die Ursachen der Massenflucht. Beschäftigte in Premnitz, Leipzig und Finsterwalde hätten seit dem 20. April gegen die Abschaffung des Weihnachtsgelds und von Lohnzuschlägen sowie gegen die Erhöhungen der Arbeitsnormen gestreikt.

Vor dem Hintergrund der aus der DDR eintreffenden Berichte beriet der Ministerrat der UdSSR am 2. Juni über „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR“. Für denselben Tag wurde die SED-Führung nach Moskau beordert, um ihr die sofortige Einleitung eines „Neuen Kurses“ zu befehlen. Dahinter verbarg sich die Rücknahme vieler der Maßnahmen, die im Zuge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft sowie der Bekämpfung des Mittelstands und der Kirchen seit Juli 1952 beschlossen worden waren. Am 9. Juni gab das SED-Politbüro den verordneten

Neuen Kurs bekannt – doch die Erhöhung der Normen wurde nicht rückgängig gemacht. Die 180-Grad-Wende erzielte nicht den gewünschten Effekt. Anstatt die Unruhen zu dämpfen, führte sie im Parteiapparat zur Verwirrung und wirkte auf die Bevölkerung mobilisierend, denn diese deutete den Kurswechsel als Bankrotterklärung. Erste Forderungen nach freien Wahlen, weiteren Streiks und nach dem Rücktritt der für die Missstände verantwortlichen Partei- und Staatsfunktionäre waren zu vernehmen.

Wenige Tage später wurden sowohl die sowjetische als auch die SED-Führung von dem Aufstand überrascht. Bereits im ersten Lagebericht des Berliner Residenten vom 16. Juni, 11.45 Uhr, an den für den Auslandsnachrichtendienst zuständigen stellvertretenden Innenminister Bogdan Z. Kobulow heißt es, „Personen aus West-Berlin“ spielten „eine aktive Rolle bei der Organisation der Demonstrationen“. Um 15.40 Uhr erstattete Oberst Iwan A. Fadejkin, der neue Bevollmächtigte des MWD in Deutschland, Berija Bericht über eine „regierungsfeindliche Demonstration“ in der Stalinallee. Der Berichterstatter der Regierungszeitung „Prawda“, P. Naumow, notierte die Losungen der Streikenden: „Wir fordern die Erhöhung des Lebensstandards!“, „Wir sind Arbeiter, nicht Sklaven!“, „Wir wollen freie Menschen sein!“, „Wir wollen Butter statt Volksarmee!“, „HO schlägt uns KO!“ Die SED-Parteifunktionäre seien unfähig, mit dem Volk zu sprechen, stammelten abgedroschene Redensarten oder duckten sich feige weg.

Schon am Abend des 16. Juni also wurde der Kampf gegen die Normerhöhung von deutlicher formulierten politischen Losungen abgelöst. Doch noch übte sich die sowjetische Seite in Zurückhaltung und vertraute darauf, dass die SED die Lage unter Kontrolle behielt. Walter Ulbrichts Ersuchen, der Polizei den Schießbefehl erteilen zu dürfen, lehnte die sowjetische Führung ab. Erst als immer klarer wurde, dass die DDR-Sicherheitsorgane die Lage nicht unter Kontrolle bringen konnten, beschloss Moskau in der Nacht vom 16. auf den 17. Juni, den Aufstand militärisch niederzuschlagen.

Wie sich Semjonow erinnerte, vertraten Nikita S. Chruschtschow wie auch andere Mitglieder des Politbüros die Meinung, der „Tag X“ stehe bevor, und der Westen teste nach Stalins Tod, wie weit er gegenüber der UdSSR gehen könne. Das war eine Fehlinterpretation, denn der Aufstand traf die westlichen Geheimdienste und Regierungen gleichermaßen unvorbereitet. So kam die Organisation Gehlen, die Vorläuferin des Bundesnachrichtendienstes, am 20. Juni 1953 zu der Einschätzung, die Aktionen seien „von östlicher Seite inszeniert“ worden.

Seit 6.30 Uhr besetzten sowjetische Truppen alle wichtigen Objekte in Ostberlin – Rundfunkanstalt, Post, Telegraphenamt, Bahnhöfe und Brücken. Um 11 Uhr berichtete Fadejkin Berija über

die Menschenansammlungen und Demonstrationen: „Die Polizei ist mit der Herstellung der Ordnung überfordert. (...) Allen Angaben zufolge werden die Streiks und Demonstrationen von Westberlin aus geleitet.“ So sei der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, nach Westberlin gekommen, um die Protestbewegung im sowjetisch beherrschten Sektor der Stadt zu unterstützen. 45 Minuten später hieß es in einer Meldung, die Demonstranten riefen zum Sturz der Regierung auf und die Streikbewegung habe weitere Städte erfasst. Ulbricht, Grotewohl und andere Mitglieder des Politbüros flüchteten in den Sitz der sowjetischen Besatzungsverwaltung in Berlin-Karlshorst. Da Partei und Regierung handlungsunfähig waren, lag die Regierungsgewalt nun allein beim sowjetischen Militär.

Mindestens 100.000 Mann und 1000 Panzer wurden in Marsch gesetzt. Der martialische Aufmarsch sollte vor allem als Drohkulisse wirken. Gegen Mittag erhielten die sowjetischen Bevollmächtigten in der DDR aus Moskau die Weisung, das Feuer auf die Aufständischen zu eröffnen, militärische Standgerichte einzurichten und zwölf Rädelführer zu erschießen. Die Mitteilung über die Exekutionen sollten überall ausgehängt werden. Doch zunächst übten sich die sowjetischen Truppen in Zurückhaltung. Erst gegen Mittag fielen in Ostberlin die ersten Schüsse, meist über die Köpfe der Aufständischen hinweg. Ranghohe Offiziere versuchten mit Worten, die Demonstranten zum Aufgeben zu bewegen. Erst als sich die Protestierenden davon nicht beeindruckt ließen, „Russen, geht nach Hause!“ riefen und begannen, Gebäude zu stürmen, wurde scharf geschossen.

Um 13 Uhr verkündete der Standortkommandant für den sowjetischen Sektor von Berlin, Generalmajor Pjotr A. Dibrowa, den Ausnahmezustand. Außerhalb Berlins wurde er über 167 der 214 Land- und Stadtkreise verhängt. Wenig später traf der Chef des Generalstabes und stellvertretende Verteidigungsminister Marschall Sokolowski auf Befehl Berijas als Leiter des Krisenstabes in Berlin ein. Als früherer Chef der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland war er mit den Verhältnissen gut vertraut. Bei seiner Ankunft fragte er: „Wie konnte diese Sache passieren, das verstehe ich nicht.“ Am Nachmittag berichtet Semjonow der Führung in Moskau, dass man den sowjetischen und deutschen Einheiten den „Befehl zum Waffeneinsatz in notwendigen Fällen und zur Verhaftung und Verurteilung der Anstifter der Unruhen gegeben“ habe. Gleichwohl kam es nicht zu großem Blutvergießen, wohl auch deshalb, weil Panzer und sowjetische Soldaten nur selten direkt angegriffen wurden.

Berija schickte weitere Vertraute nach Berlin. Um die „Organisatoren, Rädelführer und Anstifter der Revolte zu enttarnen“, wurden aus Angehörigen der Spionageabwehr und des MWD 38 Operativgruppen gebildet. Sie sollten auch verhaftete Westberliner vernehmen, die angeblich von ausländischen Geheimdiensten und westdeutschen subversiven Organisationen in den Ostsektor von Berlin geschickt worden waren. Nach späterer Aussage von Semjonow seien Berijas Vertraute jedoch auch mit dem Auftrag nach Berlin entsandt worden, Material zu sammeln, das bewies, dass Semjonow und Marschall Wassili I. Tschuikow, der Chef der SKK, den Aufstand selbst organisiert hätten.

Während sich die Lage in Berlin aus sowjetischer Sicht bis zum frühen Abend entspannt hatte, entwickelte sich der Aufstand in anderen Städten, wie Dresden, Jena, Görlitz, Bitterfeld, Halle und insbesondere Magdeburg weiter. Dort kam es zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen den Aufständischen und sowjetischen Truppen. Etwa 8000 Menschen versammelten sich vor dem Gefängnis im Stadtteil Sudenburg und forderten die Freilassung der politischen Gefangenen. Zwischen den Demonstranten, die Wachmannschaften entworfen hatten, und dem Wachpersonal fielen Schüsse. Sowjetische Panzer vertrieben schließlich die Belagerer, später zählte man 59 Verletzte und sieben Tote, darunter vier Zivilisten.

Am 19. Juni um 13 Uhr berichteten Berijas Gefolgsleute aus Berlin: „Am 18. Juni wurden von Militärtribunalen 6 der aktivsten Organisatoren und Teilnehmer bewaffneter Erhebungen zum Tod durch Erschießen verurteilt, davon einer in Berlin, zwei in Magdeburg, zwei in Görlitz und einer in Jena.“ Heute sind fünf vollstreckte Todesurteile der sowjetischen Besatzungsmacht im Kontext des 17. Juni archivalisch belegt. Die Zahl der Urteile, die von sowjetischen Militärgerichten im direkten Zusammenhang mit dem Aufstand ergingen, wird auf bis zu achtzig geschätzt. Zu den von den MWD-Bevollmächtigten geforderten öffentlichen Schauprozessen gegen Verhaftete, „um die faschistischen Organisationen des Westens bei der Vorbereitung und Durchführung der Provokation vom 17. Juni in Berlin zu entlarven“, kam es nicht.

Um die Rechtslage scherten sich die Besatzer nicht. Nach dem sowjetischen Strafgesetzbuch konnten Ausländer nur für auf dem Gebiet der UdSSR begangene Verbrechen belangt werden. Die Anwendung sowjetischer Rechtsnormen auf Straftaten, die Deutsche in Deutschland begingen, war demnach unzulässig. Nach Artikel 10 der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 durften Bürger zudem nicht an eine ausländische Macht ausgeliefert werden. Festzuhalten ist, dass die Besatzungsmacht zwar den Aufstand niedergeschlagen hatte, die juristische Verfolgung jedoch überwiegend der die SED-Justiz überließ.

Am 26. Juni wurde Berija, der sich als Entstalinisierer und Reformler neu zu erfinden versucht hatte, als Konkurrent um die Macht ausgeschaltet und verhaftet. Später machte man ihn zum Sündenbock für die Fehler und Probleme der Deutschlandpolitik, an denen seine Rivalen selbst maßgeblichen Anteil hatten. Wenig später korrigierte sein Nachfolger im MWD die „auf einer falschen Bewertung der politischen und operativen Lage“ beruhende Entscheidung zum Abbau der sowjetischen Sicherheitsorgane in der DDR und stockte den Apparat wieder auf. An dem von Berija vorgegebenen Ziel änderte sich jedoch wenig: Die DDR-Volkspolizei und die Staatssicherheit sollten gestärkt werden, um künftig ohne Hilfe sowjetischer Truppen „Ordnung und Ruhe“ zu gewährleisten.

Die Schlussfolgerungen der sowjetischen Führung aus dem Aufstand gingen jedoch weit über die Stärkung des DDR-Repressionsapparates hinaus. Sie zielten auf eine umfangreiche wirtschaftliche Unterstützung und eine innen- und außenpolitische Aufwertung ihrer Statthalter in Ostberlin. Im August 1953 beschloss Moskau unter anderem den Verzicht auf weitere Reparationszahlungen, die Übereignung von Betrieben in sowjetischem Besitz an die DDR, einen Schuldenerlass und eine Senkung der Besatzungskosten. In der Folge stiegen die Löhne, und die Preise sanken – Veränderungen, die zu den ersten Forderungen der Streikenden am 16. Juni gehört hatten.

H einz Brandt, der Auschwitz-Überlebende und als SED-Funktionär Zeitzeuge der Ereignisse, bezeichnete den Aufstand rückblickend als Tragödie, denn die Massen „bewirkten das Gegenteil von dem, was sie bezweckten“. Das SED-Regime unter Walter Ulbricht ging paradoxerweise gefestigt aus dem Geschehen hervor. Die sowjetische Deutschlandpolitik orientierte sich fortan an der Realität zweier deutscher Staaten. Die gesamtdeutsche Option unter der Bedingung der Neutralität, die in der sowjetischen Führung mehr Fürsprecher als nur Berija hatte, war vom Tisch. Die Sowjetunion musste sich mit der Integration Westdeutschlands in ein westeuropäisches und nordatlantisches Militärbündnis abfinden.

70 Jahre sind seitdem vergangen. Vor mehr als neun Jahren begann Russland zunächst einen Krieg gegen die Ukraine, um deren stärkere Anbindung an den Westen zu verhindern. Seit 16 Monaten führt es einen offenen Krieg gegen seinen Nachbarn. Dieser Krieg und die Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR sind Ereignisse mit unterschiedlichen Voraussetzungen, Verlauf und Folgen. Acht Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ähnelte die DDR, die völkerrechtlich nicht anerkannt war, immer noch eher einem besetzten Feindstaat als einem unabhängigen Land. Die Souveränität der Ukraine ist dagegen seit 1991 selbst von Russland anerkannt. Auch gibt es anders als nach Stalins Tod 1953 heute kein Machtvakuum in der Moskauer Führung. Gleichwohl zeichnen sich in Bezug auf die russische Wahrnehmung der Situation in der Ukraine Parallelen zu 1953 ab.

Erneut überschätzt der Moskauer Sicherheitsapparat externe Einflüsse und Faktoren. 1953 glaubte er an die „aktive Beteiligung von Agenten des englischen und amerikanischen Geheimdienstes an der Provokation der regierungsfeindlichen Erhebungen“. In anderen Berichten der Sicherheitsorgane hieß es, die Arbeiter hätten sich „durch feindliche/faschistische Elemente aus dem Westen anstiften lassen“ und seien in eine sowohl von „westdeutschen reaktionären Kreisen als auch von ausländischen Geheimdiensten organisierte Provokation hineingezogen worden“. Anders konnte oder wollte man es sich in Moskau nicht erklären, dass Arbeiter sich gegen einen „Arbeiter- und Bauernstaat“ erhoben.

Heute bedienen sich Putin und sein Apparat eines ähnlichen Vokabulars. Die Regierung in Kiew wird zu einem vom Westen unterstützten faschistischen Marionettenregime erklärt, der Protest auf dem Maidan wie der Aufstand vom 17. Juni zum vom Westen finanzierten Putsch. Putin verkannte wie seine Vorgänger im Sicherheitsapparat 1953 den Wunsch der Massen nach Unabhängigkeit und nationaler Selbstbestimmung. Seine Fehleinschätzung spiegelt sich auch in dem Glauben wider, dass die russische Angriffsmacht die Ukraine in wenigen Tagen mit halber Kraft erobern könne. Wie die DDR für Moskau 1953 kein selbstbestimmtes Land war und die Siegermacht des Zweiten Weltkriegs nicht akzeptierte, dass die Deutschen gegen Diktatur und Fremdherrschaft rebellierten, so spricht Putin heute der Ukraine ihre staatliche Souveränität ab, weil es für ihn keine unabhängige und demokratische Ukraine geben darf.

Der Verfasser leitet die Dokumentationsstelle Dresden der Stiftung Sächsische Gedenkstätten.



„Facetten der Gegenwart“. 52 F.A.Z.-Essays aus dem Epochenjahr 2022. Herausgegeben von Daniel Deckers. Brill / Schöningh Verlag, Paderborn 2023. 528 S., geb., 34,90 €.